Voller Schlaglöcher: Zwickaus OB Pia Findeiß auf dem Neumarkt, der nun endlich saniert werden soll.

STÄDTE IN DER SCHULDENFALLE

KOMMUNEN Warum reicht das Geld in vielen Städten und Gemeinden nicht aus? Eine Ursachenforschung bei drei sozialdemokratischen Stadtoberhäuptern

Von Susanne Dohrn

Bund und Länder sollen ab 2016 bzw. 2020 ausgeglichene Haushalte vorlegen. Für Kommunen gilt diese Schuldenbremse nicht. Die meisten könnten sie auch gar nicht einhalten. Auch wenn sich die Probleme und deren Ursachen in den einzelnen Städten unterscheiden: Kaum eine Kommune kommt mit ihrem Geld aus.

Die Autostadt im Osten

Zwickau schrumpft. Von 119 000 auf 93 000 ist die Bevölkerung seit 1989 zurückgegangen. Die Stadt kämpft mit Altlasten aus dem Kohle- und Uranbergbau. Trotzdem liegen die Schulden mit 600 Euro pro Kopf weit unter dem Durchschnitt von 1836 Euro in Deutschland. „Wir haben in Sachsen eine knallharte Haushaltsordnung. Wir dürfen nicht mehr ausgeben als wir einnehmen“, sagt die Oberbürgermeisterin und promovierte Sportwissenschaftlerin Pia Findeiß (SPD). Festgelegt ist das in der sächsischen Gemeindeordnung. Darin heißt es: „Der Haushaltsplan muss in jedem Haushaltsjahr unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren ausgeglichen sein.“ Das setzt den Ausgaben enge Grenzen, auch wenn die Steuereinnahmen im vergangenen Jahr dank der guten Konjunktur etwas stärker sprudelten. Zwickau ist Autostadt. Die Firma Horch wurde hier 1904 gegründet, Audi 1909, zu DDR-Zeiten der Trabbi gebaut. Seit 1990 hat Volkswagen in Zwickau ein Werk. Hinzu kommt die Zulieferindustrie. „Keine Automarke der Welt kommt ohne Teile aus Zwickau aus“, sagt die Oberbürgermeisterin.

Der Stolz auf das Erreichte ist riesig, vielleicht gerade, weil das Geld so knapp ist: auf das sanierte Rathaus mit der Jakobskapelle aus dem 15. Jahrhundert, das Schumannhaus, die Sanierung von Schulen, Kindergärten und das gelungene Projekt „Ab in die Mitte“, bei dem sich die Stadtentwicklung auf die Innenstadt konzentriert und Plattenbauten abgerissen wurden. In den Kornspeicher aus dem 15. Jahrhundert soll im kommenden Jahr die Stadtbibliothek einziehen.

Kleine Schritte, die vor allem deshalb möglich sind, weil die Stadt ihre Schulden reduziert hat. 2007 hat die städtische Gebäude- und Grundstücksgesellschaft ein Drittel des kommunalen Wohnungsbestands für 90 Millionen Euro verkauft. Mit dem Geld wurden die von der Wohnungswirtschaft der Ex-DDR übernommenen Altschulden getilgt, die Schulden der Stadt um 30 Millionen gesenkt, Rathaus und Wohnungen saniert.

Um die Einnahmen zu erhöhen, hat Zwickau dieses Jahr die Grundsteuer deutlich erhöht und liegt jetzt weit über dem Durchschnittssatz in Deutschland. 900 000 Euro Mehreinnahmen soll das bringen. Das Geld reicht trotzdem nicht, denn der Investitionsbedarf ist riesig:

FOTO: DIRK BLEICKER

Allein die Sanierung der städtischen Straßen würde 80 Millionen kosten, die der restlichen sechs Schulen 30 Millionen, die des denkmalgeschützten Theaters im Gewandhaus 20 Millionen – bei einem Gesamthaushalt von gut 200 Millionen. So werden die Schlaglöcher vorerst bleiben, Schulen, Kindergärten und Marktplatz haben Vorrang. Von der Bundespolitik wünscht Pia Findeiß sich mehr Berücksichtigung spezifischer Probleme von Regionen und Kommunen. „Wir brauchen Geld für den Abriss von Wohnungen, andere Städte für den Neubau."

Die Kurstadt ganz im Westen

Nicht mehr Geld ausgeben als einnehmen? „Diese Einstellung müsste das Ziel sein, aber die hat es auf politischer Ebene in der Vergangenheit kaum gegeben", sagt Heike Kastner-Meurer (SPD), Oberbürgermeisterin von Bad Kreuznach in Rheinland-Pfalz. Stattdessen hätten die Kommunen immer mehr Schulden angehäuft. Nun hinterlasse man den nachfolgenden Generationen kaum Gestaltungsräume, so die promovierte Medizinerin. 54 Millionen Euro betragen die Schulden der Kurstadt, gut 1200 Euro pro Kopf. Damit liegt sie unter dem Durchschnitt, trotzdem ist das viel zu viel. Allein der Schuldendienst kostet 2,3 Millionen im Jahr.

Sparen ist deshalb die Devise. Das ist gar nicht so einfach. Bad Kreuznach hat 44 000 Einwohner und ist Mittelzentrum in einer sehr ländlich geprägten Region. Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Schulen, Sportgelände, Bibliothek, all das erwarten die Bürger und das kostet Geld. Zudem wächst Bad Kreuznach. Junge Familien ziehen in die Stadt, es gibt mehr Geburten als Sterbefälle. Um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Lebensjahr zu gewährleisten, müssen noch drei Kindergärten gebaut werden. Die Stadt muss einen Drahtseilakt vollbringen. Kredite werden in Zukunft nur noch für Dinge aufgenommen, die absolut notwendig sind, z.B. drei Millionen für die Sanierung einer Brücke. Gleichzeitig soll die Haushaltslücke von 5,8 Millionen bis 2015 geschlossen werden. Deshalb wird gespart: Zwei Millionen sollen es in diesem Jahr sein, quer durch alle Ressorts – z.B. bei der Straßen- und Gebäudeunterhaltung, beim Personal, bei der Tourismusförderung, den Schwimmbädern. Mit dem Förderprogramm „Aktives Stadtzentrum" will man private Investoren anlocken. Wer ein altes Haus im Pariser Viertel renoviert, bekommt zehn Prozent bis maximal 50 000 Euro dazu. Das Programm wird vom Land unterstützt.

Saniert und verfallen: Nicht nur für Häuser in Bad Kreuznachs Innenstadt wünscht sich OB Heike Kaster-Meurer mehr private Investoren.

FOTOS: DIRK BLEICKER

DIE FINANZKRISE DER KOMMUNEN IN ZAHLEN

134

Mrd. Euro Schulden hatten Deutschlands Kommunen 2012. Das sind 3,7 Mrd. mehr als im Jahr zuvor.

1836

Euro beträgt die Verschuldung der Städte und Gemeinden pro Einwohner.

0,9

Mrd. Euro betrug der Überschuss der Kommunen 2012. Im Jahr zuvor gab es ein Minus von 2,9 Mrd Euro.

QUELLEN: DESTATIS, DAS PARLAMENT

ARMUT IM GEPÄCK

Die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt ab dem 1. Januar 2014 auch für EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien. Der Zuzug qualifizierter Fachkräfte aus beiden Ländern ist für die deutsche Wirtschaft notwendig. Probleme bereitet dagegen die Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, meist von Roma. Der deutsche Städtetag schlägt Alarm: Viele Kommunen fühlen sich angesichts der vielfältigen Probleme überfordert und von EU und Bundesregierung allein gelassen. Sie fordern schnelle finanzielle Unterstützung und eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Roma in ihren Herkunftsländern.

vorwaerts.de/armutszuwanderung

Großer Investitionsbedarf: Kölns OB Jürgen Roters auf einer sanierungsbedürftigen Rheinbrücke. Im Hintergrund der alte Deutzer Hafen. Dort sollen Wohnungen und Büros gebaut werden.

Das Drehkreuz am Rhein

Drei Millionen für eine Brücke – aus Kölner Sicht sind das Peanuts. Die Stadt muss in den kommenden Jahren vier Brücken renovieren und die führen nicht über die schmale Nahe sondern über Vater Rhein. Mit 60 Millionen schlägt das pro Jahr zu Buche, dazu der Unterhalt für 2500 Kilometer Straßen, die Sanierung von 22 Tunneln und, und, und... „Wir sind ein Verkehrsdrehkreuz", sagt Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD). Besonders die Zunahme des LKW-Verkehrs führt zu schnellerem Verschleiß als ursprünglich angenommen.

Könnte er sich vorstellen, dass Köln nicht mehr ausgibt als es einnimmt? „Nein", sagt der Sozialdemokrat, der seit 2009 im Amt ist. „Wir sind eine wachsende Stadt. Wir müssen investieren." Kölns Bevölkerung werde in den nächsten 25 Jahren vermutlich um 100 000 auf 1,1 Millionen Einwohner wachsen, aber schon jetzt ist bezahlbarer Wohnraum knapp. Deshalb will die Stadt neue Baugebiete erschließen, z.B. das Gewerbegebiet am Deutzer und Mülheimer Hafen. „Das kostet ordentlich Geld", so Roters. Außerdem baue Köln vier neue Schulen und 50 neue Kindertagesstätten. „Das sind Investitionen in die Zukunft, die man nicht aus den laufenden Einnahmen finanzieren kann."

Mit 2376 Euro ist die Stadt derzeit pro Kopf verschuldet. „Würden wir die Stadtwerke verkaufen, wären wir auf einen Schlag schuldenfrei. Aber wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir es täten, denn die Stadtwerke bringen jedes Jahr 200 Millionen Gewinn", so der Oberbürgermeister.

Bis 2021 will Köln sein Haushaltsdefizit trotzdem auf Null reduzieren. Kleinere Sparmaßnahmen sind schon in Kraft, bei den Museen, bei Veranstaltungen. Die Gewerbesteuer wurde vor zwei Jahren erhöht und die Stadt plant ein „kooperatives Baulandmodell", damit Investoren zukünftig einen finanziellen Beitrag zu den Kosten für die Erschließung von neuen Wohngebieten, wie Straßen und Kanalisation, leisten und einen bestimmten Anteil von Sozialwohnungen errichten.

Vor allem vom Bund fühlt Roters sich nicht ausreichend unterstützt. „Die Schuldenbremse wird eindeutig zu Lasten der Kommunen umgesetzt", sagt er. Wie die beiden Oberbürgermeisterinnen wünscht er sich, dass die Kommunen bei Bundesgesetzen mitreden, die von den Kommunen umgesetzt und bezahlt werden müssen. „Bis zu einem Vetorecht", fügt Jürgen Roters hinzu. ■